

## EU-Vertrag: Bürger klagen Regierung!

Dank der großartigen Unterstützung der *Kronenzeitung* wurde die Kundgebung "**Volksabstimmung! Wir haben ein Recht darauf!**" zu einer unübersehbaren Massendemonstration. Und sie wurde auch zu einer unüberhörbaren öffentlichen Anklage! Denn als ein Sprecher der überparteilichen Bürgerinitiative "Rettet Österreich" den rund 3.000 Demonstranten zwischen Bundeskanzleramt, Hofburg und Volksgarten bei strömendem Regen mitteilte, dass gegen **Bundeskanzler Gusenbauer** und die gesamte Regierung bereits Strafanzeigen wegen **Amtsmissbrauch** eingebracht wurden, gab es tosenden Applaus! Um die uns gemäß Artikel 44, Abs. 3 der Bundesverfassung rechtmäßig zustehende Volksabstimmung zu erzwingen, sind aber auch noch eine Reihe von sogenannten Individualklagen konkret und persönlich betroffener Bürgerinnen und Bürger notwendig. Denn eine **Verfassungsbeschwerde** durch gut ein Drittel unserer gewählten Abgeordneten ist derzeit mangels echter VolksvertreterInnen nicht in Sicht.

Beispiele für solche "Bürgerklagen" sind: "Ich musste mich als Berufssoldat auch zur Teilnahme an Auslandseinsätzen verpflichten. Durch den EU-Vertrag würden diese **Auslandseinsätze mehr und gefährlicher** werden - ich fürchte daher um meine Gesundheit und um mein Leben". So eine Klage könnte natürlich auch von der Frau dieses Berufssoldaten oder von seinen Eltern eingereicht werden. Beispiel 2: "Ich habe schon oft an Demonstrationen teilgenommen und bin deshalb sogar schon einmal festgenommen worden. Mit dem EU-Vertrag soll u. a. auch die Todesstrafe wieder eingeführt werden. Und zwar im Kriegsfall sowie bei einem Aufruhr gegen die Herrschenden. Ich fürchte nun, das eines Tages eine Demonstration von den Regierenden als Aufruhr definiert wird. Dann wäre mein Leben ernsthaft in Gefahr." Auch in diesem Fall kann natürlich auch ein Familienmitglied die Klage einbringen.

Die Zeit drängt. Alle Unterstützer von "Rettet Österreich" die durch den geplanten EU-Vertrag eine konkrete, persönliche Gefährdung Ihres Einkommens (**Kollektivverträge** sollen ja **abgeschafft** werden!) oder Vermögens, ihrer Gesundheit (**Gentechnik!**) oder ihres Lebens (Einberufung wegen **Beistandspflicht!**) befürchten und den Mut haben, sich dagegen zu wehren, mögen sich bitte melden. "Rettet Österreich"; gibt jede nur erdenkliche rechtliche Unterstützung bei diesen "Bürgerklagen" und trägt auch das volle Kostenrisiko. Unsere Volkbegehren landen seit Jahren in der Schublade. Die uns eindeutig zustehende Volksabstimmung über den EU-Vertrag wird uns **unrechtmäßig verweigert**. Die beste Antwort auf diese unerträglich undemokratische Vorgangsweise der Regierenden ist die "**Bürgerklage!**"